

Erklärung der Deutschen Kommission Justitia et Pax

DER RUSSLAND-UKRAINE-KONFLIKT EINE EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNG

Die Annexion der Krim durch die Russische Föderation, gefolgt vom Krieg in der Ostukraine, markiert einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung der friedens- und sicherheitspolitischen Ordnung Europas (EU, OSZE sowie Europarat). Sie stellt damit nicht nur, aber besonders auch eine ernste Herausforderung für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union dar. Im Vordergrund stehen dabei die Geltung des Völkerrechts und seiner tragenden Grundsätze der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten sowie der Prinzipien der politischen Ordnung im Staat, vor allem Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Herausforderung ist ernst. Denn der Bruch des Völkerrechts ist nicht trivial. Das europäische Projekt eines rechtsbasierten, freiheitlichen und solidarischen Zusammenlebens steht unter erheblichem Druck - von innen wie von außen.

Vereinfachungen vermeiden, die Integrität der Ukraine verteidigen, Demokratie und Rechtsstaat unterstützen

Der Russland-Ukraine-Konflikt verkörpert in seiner Vielschichtigkeit beispielhaft die friedens- und sicherheitspolitischen Anforderungen, mit denen sich europäische wie deutsche Politik konfrontiert sehen. Diese Komplexität wird in der politischen Diskussion allerdings nur selten hinreichend abgebildet. Oft werden einzelne Aspekte herausgegriffen und überbetont und mit einseitigen Schuldzuweisungen verbunden. Auf der einen Seite wird allein die NATO, auf der anderen Seite ausschließlich Russland bzw. die russische Regierung verantwortlich gemacht. Solche Engführungen hindern daran, das Konfliktgeschehen und seine Dynamik angemessen zu erfassen. Es kommt darauf an, die unterschiedlichen historischen Prägungen und die weitgehend unverarbeiteten Erfahrungen aus der Zeit der Blockkonfrontation, die in den europäischen Wahrnehmungen des Russland-Ukraine-Konflikts eine schwer zu überschätzende Rolle spielen, bewusst zu machen und ins Gespräch zu bringen. Zudem werden vor allem im Westen die kulturelle und religiöse Dimension des Konflikts allzu häufig unterschätzt. Diese Fehleinschätzung stärkt die Illusion, gegenüber den Konfliktparteien eine

äquidistante Haltung einnehmen zu können, dank derer man selbst nicht am Konflikt beteiligt sei. Dieser politischen Versuchung zur trügerischen Konfliktvermeidung gilt es entgegenzutreten. Wir unterstreichen daher mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit einer Politik der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, soweit sie sich für die Integrität der Ukraine - einschließlich der Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze durch die Ukraine - und ihren friedlichen Wandel hin zu einem demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat einsetzt. Vordringlich sind dabei Maßnahmen der humanitären Nothilfe, um die Folgen der Flüchtlingsströme im Land zu lindern. Europäische Ukraine-Politik schließt zudem die Forderung ein, keine Diskriminierung des russisch-stämmigen Bevölkerungsanteils zuzulassen. Die Europäische Union ist zudem gefordert, entschieden den Kampf gegen die weit verbreitete Korruption zu unterstützen, nicht zuletzt weil diese sowohl die wirtschaftliche als auch die rechtsstaatliche Entwicklung der Ukraine gefährdet. Eine Europäische Gemeinschaft, die es versäumt, Partei für diejenigen Kräfte zu ergreifen, die für die europäische Idee kämpfen, gibt sich selbst auf und verliert ihre Glaubwürdigkeit. Ein gemeinsames Vorgehen gegen den „Shrinking space“ für zivilgesellschaftliche Akteure in Russland und Teilen der Ukraine ist daher angeraten. Bei den Bemühungen, die Gewalt in der Ostukraine einzudämmen und eine politische Lösung anzubahnen, kommt der OSZE erhöhte Bedeutung zu, deren Aktivitäten durch eine Blauhelm-Mission abgesichert werden sollte.

Den europäischen Dialog stärken, Vertrauen aufbauen, Begegnungen fördern

Die Kirchen haben in den Jahrzehnten des Kalten Krieges beharrlich versucht, Lücken im Eisernen Vorhang zu nutzen und Brücken zwischen West und Ost zu bauen. Ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihre Initiative und Geduld sind in der veränderten Konstellation der Gegenwart erneut gefragt. Obgleich der Russland-Ukraine-Konflikt derzeit eingefroren zu sein scheint und der Krieg in der Ostukraine kaum noch öffentliche Aufmerksamkeit findet, wäre es ein Irrtum, die Gefahr für überwunden zu halten. Dazu bedarf es eines langfristigen Engagements auf vielen Ebenen, dessen Hauptziel darin bestehen muss, das nachhaltig zerstörte Vertrauen zwischen Russland und dem Westen zu erneuern, ohne die vorhandenen Differenzen zu leugnen. Vertrauensbildung ist unverzichtbar und langer Atem tut not. Denn eine kurz- oder mittelfristige Lösung des Russland-Ukraine-Konflikts steht nicht zu erwarten.

Für die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* sind dabei folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- a) Wir plädieren mit Nachdruck dafür, innerhalb der EU den Austausch über die vielfältigen Dimensionen des Konflikts und die Unterschiede in Bezug auf seine Deutung zu verstärken. Ihre Handlungsfähigkeit beruht neben geteilten Interessen und Werten wesentlich auf einem gemeinsamen Verständnis der Eigenart der Herausforderungen. Die Pluralität, die Europa kennzeichnet, verlangt nach einer bewusst eingeübten Multiperspektivität, die sich nicht einfach von einem übergeordneten Standpunkt aus auflösen lässt, sondern nur in einem Konsens, der unterschiedliche Erfahrungen berücksichtigt. Das bedeutet allerdings keineswegs, auf einen eigenen Standpunkt zu verzichten und die Einsicht in die Notwendigkeit einer Übereinstimmung in fundamentalen Prinzipien und Regeln des Zusammenlebens preiszugeben. Mit Blick auf die Schaffung von belastbaren Dialoggrundlagen, zur Eindämmung des Informationskriegs sowie zur Auseinandersetzung mit dem innereuropäischen Autoritarismus bedarf es einer Sicherung der den Russland-Ukraine-Konflikt betreffenden zeithistorischen Tatsachen.
- b) Wir halten es grundsätzlich für fragwürdig, innerhalb der EU die Auseinandersetzung mit dem Russland-Ukraine-Konflikt hauptsächlich an einige Mitgliedsstaaten zu delegieren, wie es bislang weitgehend geschehen ist. Die Politik der EU braucht einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt und muss von den wichtigsten europäischen Institutionen getragen sein, vor allem von der Europäischen Kommission und stellvertretend für die europäischen Gesellschaften dem Europäischen Parlament. Die Folgen des Russland-Ukraine-Konflikts betreffen die EU als Ganze. In diesem Konflikt wird nicht nur der künftige Weg der Ukraine, sondern auch die Zukunft des europäischen Projekts verhandelt.
- c) Die Kommission *Justitia et Pax* als kirchlicher Akteur ist davon überzeugt, dass beharrliche Begegnung und Austausch erhebliche Potentiale für langfristige Verständigung und Versöhnung besitzen. Diese gilt es systematisch und geduldig zu nutzen. Je brüchiger die politischen Beziehungen werden, desto mehr braucht es starke und krisenfesten Bindungen. Der gemeinsame Glauben und die vielfältigen Verbindungen und Vertrauensbeziehungen der Kirchen haben hier viel beizutragen. Die verlässliche Stärkung und Entwicklung der kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Netzwerke ist mit Blick auf die Überwindung des Russland-Ukraine-Konflikts zu fördern.

Bonn/Berlin 13. März 2018